

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 11. Mai 1905.

№ 54.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung aus Nr. 48.)

Die bis Ende April von einer größeren Anzahl von Gewerkschaften abgehaltenen Generalversammlungen bzw. Verbandstage können entgegen der in Nr. 48 angekündigten Art der Berichterstattung doch noch sämtlich in dieser Märzüberfahrt Behandlung finden. Es war das allerdings nur möglich durch Hinanzschiebung der weiteren Artikel derselben und durch kürzeste Fassung über die oft sehr interessanten Verhandlungen dieser vierzehn Tagungen allein von inländischen Gewerkschaftsorganisationen. Nur die Beratungen der Lithographen und Steindrucker fanden eingehendere Besprechung, die Gründe dafür liegen auf der Hand.

Die Lithographen, Steindrucker usw. hatten in den Tagen vom 21. bis 27. April in Berlin gleich drei Generalversammlungen bzw. Kongresse auf einmal zu erleben. Da es sich bei denselben um die definitive Verschmelzung der bestehenden zwei Organisationen, um die Festsetzung befriedigender Uebergangsbestimmungen, die Schaffung eines gemeinsamen Statutes und einer einheitlichen Taktik handelte, so ist der sechsten Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker und der Generalversammlung des Deutschen Senefelderbundes wie auch dem gemeinsam abgehaltenen Kongresse der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen die gleiche Bedeutung beizumessen. Die heiderseitigen Delegierten — vom Senefelderbunde gehört die Hälfte der Mitglieder gleichzeitig dem Vereine der Lithographen und Steindrucker an — wählten den unterschiedlichen Tagungen bei, die zum Teile nur Formsache waren; so konnte es denn also an der notwendigen Verständigung nicht fehlen. Das Einigungswerk ist nun vollbracht, am 1. Juli d. J. wird der Verein der Lithographen usw. vom Senefelderbunde übernommen werden nach dem Wortlaute des gegen drei Stimmen vom Senefelderbunde akzeptierten Vertrages, in Wirklichkeit hört aber der Bund zu existieren auf; der Name der neuen, gemeinsamen Organisation lautet: „Deutscher Senefelderbund (Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe)“.

Der alte Senefelderbund ist im Jahre 1873 gegründet, er war mit der Zeit eine reine Unterstützungsvereinigung geworden und gewann diese Eigenschaft immer deutlicher, je mehr der im Jahre 1891 gegründete Verein der Lithographen und Steindrucker sich die Förderung der gewerkschaftlichen Interessen seiner Mitglieder angelegen sein ließ. Der alte Bund hat jetzt 9320 Mitglieder, darunter 157 zu unterstützende Invaliden, außerdem sind zurzeit 113 Witwen zu unterstützen. Als Vermögen bringt der Bund 385000 Mk. in die Kasse ein. Von den christlichen Mitgliedern im Deutschen Senefelderbunde wurde zwar gegen die Verschmelzung mit der Gewerkschaft opponiert, da aber von den Delegierten sich nur drei bei der Abstimmung gegen eine Zusammenlegung wandten, und dies auch nur nebensächlicher Punkte wegen, so hat diese Gegnerschaft nichts zu bejagen. Auch die zwischen dem Hauptvorstande und der Kontrollkommission bestandene Fehde wegen der Urabstimmung über die Verschmelzung hat nichts auf sich; ob aber die von 31 Mitgliedern in Frankfurt a. M. (Stitz des Senefelderbundes) und Offenbach eingereichte und am 9. Mai zur Verhandlung gestandene gerichtliche Klage wegen der Verschmelzung die Winterwochen hüten kann, wird abgewartet werden.

Der zurzeit 11383 Mitglieder zählende Verein der Lithographen und Steindrucker hatte im Jahre 1904 einen Mitgliederzuwachs von 1152 zu verzeichnen. Von den in Deutschland vorhandenen Lithographen sind 51,50, von den Steindruckern 81,75, von den Chemigraphen 93,80, von den Lichtdruckern 74,25, von den Kupferdruckern 70 und von den Steinseifern 7 Proz. bei dieser Gewerkschaft organisiert. Bekanntlich existiert noch eine Sonderorganisation — der Lithographenverband — die jedoch nur einige Bedeutung hat, wenn irgendwo eine Aktion gegen die Unternehmer geplant ist. Das Getreitmarschieren und das Berentinschlagen erzählt von dieser Nürnberg-Leipziger Abspaltung keine gerade nachahmenswerte Bewirkung, natürlich ist der Lithographenverband sonst aber auf rabulistischer Fährte anzutreffen. Mit den Steinseifern wird es in Zukunft anders werden; diese gerade wie die Verschmelzungsfrage zwischen Bund und

Verein nie zur Ruhe kommende Angelegenheit hat nun auch ihre definitive Regelung gefunden: die Steinseifler werden dem Verbands der Buch- und Steindruckereihlsarbeiter überwiesen. Im verflochtenen Jahre hatte der Verein der Lithographen und Steindrucker eine Gesamteinnahme von 252596,85 Mk. und eine Gesamtausgabe von 209763,52 Mk., darunter für Reiseunterstützung 25054 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 64079 Mk., für Gemäßregelte 4096 Mk., für Ausständige 14900 Mk. und an Streikunterstützung für andere Gewerkschaften aus der Hauptkasse 1500 Mk. Der Vermögensbestand stellte sich pro Mitglied auf 20,33 Mk. Lohnbewegungen ohne Streiks fanden in 24 Druckorten statt und fielen bei 63 Firmen zugunsten der Arbeiter aus. Von den acht Ausständen in drei Druckorten verliefen fünf erfolgreich. Die Tariffrage verurteilte eine größere Debatte. Der Vorsitzende Sillier berichtete, daß in der Berichtszeit ein Tarif für die Leipziger Rotendrucker auf die Dauer von zwei Jahren und in den letzten Wochen ein solcher für die Leipziger Lithographen und Steindrucker auf die Dauer von fünf Jahren zustande gekommen sei. Die Einführung des Chemigraphentarifses, welcher den Organisationszwang für beide Teile auspricht, habe sich ohne besondere Schwierigkeiten vollzogen, nur einige kleine Firmen hätten noch fern. Die Arbeitgeber im Lithographen- und Steindruckergewerbe beobachteten nach Silliers Meinung einen echt scharfmacherischen Standpunkt gegenüber den Tarifbestrebungen der Arbeiter. Gegen den Leipziger Tarif wandten sich besonders die Münchener Vertreter; der Mindestlohn von 21 Mk. sei zu niedrig, die fünfjährige Vertragsdauer und auch die Arbeitszeit für Steindrucker (9 Stunden) zu lang. Die Nürnberg Tarifangelegenheit wirbelte infolgedessen viel Staub auf, als von einem in erster Reihe stehenden Nürnbergerverbandsmitglied in die „Graphische Presse“ gebracht worden, welche sich gegen die Taktik der Unternehmer richteten, die Tarifbewegung zu verzögern suchten. Von fünfzehn Rednern verurteilten fast alle diese Artikel resp. deren Aufnahme; ein Urteil also, was sich direkt gegen das Draufgängertum ausspricht. Bemerkenswert ist auch, daß von seiten der Berliner Delegation sehr scharfe Kritik an der Haltung des Vereinsorgans geübt wurde. Für die Redaktion des „Corr.“ bietet diese Tatsache den Trost, daß es ihr von Berlin also nicht allein so geht. Daß zwischen Vorstand und Ausschuss auch hier wieder die alten Kompetenzirreitigkeiten vorkamen, beweist nur, daß ein Idealverhältnis zwischen solchen Instanzen immer noch gesucht werden muß. Ferner ist zu erwähnen, daß Sillier in seinem Referate über den Kölner Gewerkschaftskongress bezüglich der Weisener zwar erklärte, daß man sich nach den Anständerer Beschlüssen richten müsse, er persönlich sei aber der Ansicht, daß eine einheitliche wirkungsvolle Demonstration in allen Industrielandern durch eine Abendfeier geschaffen werden müsse. Ein Diskussion über diese Frage fand nicht statt.

Von den für die neue Organisation geschaffenen Bestimmungen wollen wir nur die hauptsächlichsten erwähnen. Es werden folgende drei Klassen eingerichtet: Gewerkschaftskasse mit Reise-, Arbeitslosen- und Unzulagsunterstützung, Krankenunterstützungen- und Sterbekasse, Invaliden- und Witwenkasse. Diese Klassifizierung erfolgt, um den Verschmelzungsgegnern, welche die Angst, daß das Geld „verstreut“ werden könnte, nicht los werden, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bemerkenswert ist, daß die Arbeitslosenunterstützung bis zur Höhe von 12 Mk. wöchentlich und in der Höchstdauer von 15 Wochen bezahlt wird, Reiseunterstützung täglich 80 Pf., Unzulagskosten bis zu 180 Mk. (bei 520 Beiträgen), das Sterbegeld beträgt in zwei Stufen 50 und 100 Mk., die wenigstens vier Jahre dem Bunde angehörigen Mitglieder erhalten beim Tode ihrer Ehefrau 50 Mk. Sterbegeld, die Invalidenunterstützung beträgt wöchentlich 7 Mk., die Witwenunterstützung wöchentlich 3,50 Mk. Zum Streikreglement lag ein Antrag vor, Angriffsstreiks nicht allein von der Genehmigung des Hauptvorstandes abhängig zu machen. Es bleibt jedoch dabei, daß Angriffs- wie Abwehrstreiks allein der Entscheidung des Hauptvorstandes selbststehen. Auch ein Beitrag zum Kapitel der größeren Selbstständigkeit der unteren Vorstände! Betreffs der Tarifverträge wurde die Meinung laut, daß solche nicht immer dem

Interesse der Arbeitnehmer dienen, namentlich dann nicht, wenn sie auf längere Zeit abgeschlossen werden. Das waren jedoch nur einzelne Anschauungen; vorherrschend war vielmehr die Ansicht, dahin zu streben, daß lokale Tarife abgeschlossen werden, um später zu einer Tarifgemeinschaft für ganz Deutschland zu gelangen. Die in dieser Beziehung angenommene Resolution lautet: „Es ist mit aller Kraft für Durchführung unserer tariflichen Forderungen zu wirken, und es ist überall da, wo die Verhältnisse für einen Tarifabschluß günstig liegen, für den Abschluß korporativer Arbeitsverträge energisch einzutreten. Im übrigen soll an allen Plätzen für Durchführung unserer allgemeinen Forderungen in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesorgt werden.“ Als Stitz des Hauptvorstandes wurde Berlin gewählt. Die „Graphische Presse“ wird in der bisherigen Form beibehalten, sie ist obligatorisch für alle Mitglieder; Obier wurde wieder als Redakteur eingeseht. Hauptvorsitzender wird Sillier, Hauptkassierer Brall (beide bekleideten seither die gleichen Ämter im Vereine der Lithographen usw.), Sekretär wurde Lange-Frankfurt a. M. (bisher zweiter Vorsitzender des Senefelderbundes), Dietrich-Frankfurt a. M., der wegen hohen Alters und persönlicher Verhältnisse halber nicht nach Berlin übersiedeln kann, wird mit jährlich 2000 Mk. pensioniert. Das ist nächst Schumacher und Buchbindern der dritte Fall einer Pensionierung von alten Gewerkschaftsjüheren bei Verlegung der Organisationsleitung an einen andern Ort. Für die Beamten des neuen Bundes wurde folgende Gehaltskala beschloffen: Das Anführergelalt aller von der Generalversammlung fest Angestellten beträgt jährlich 2000 Mk. Dasselbe steigt für den Hauptvorsitzenden und den Hauptkassierer jährlich um 75 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2800 Mk. Der Kassierer erhält außerdem 300 Mk. Mantogelb jährlich. Das Gehalt des Redakteurs und der weiteren Angestellten des Hauptvorstandes steigt bis 2600 Mk. Das Gehalt der in den Gauen oder Mitgliederschichten Angestellten steigt jährlich um 50 Mk. bis 2400 Mk. Alle Festangestellten werden bei der Unterstüßungsvereinigung versichert, die Beiträge zahlt der Bund. Alle Angestellten haben jährlich zwei Wochen Ferien.

Die Bergleute lernen ihre friedliebenden und fürsorglichen Arbeitgeber von einer immer bessern Seite kennen. Die Grubenbarone, welche zu ihrem großen Leidwesen sehen müssen, daß sich ihre Arbeiter doch nicht als Heloten gebrauchten lassen, leisteten sich in der letzten Zeit durch Entlassung der im Interesse ihrer Kameraden hervortretenden Arbeiter eine kleine Genugthuung; es sollen im ganzen 200 „Agitatoren“, wie es in der bürgerlichen Presse heißt, die Rache der Grubenherren kennen gelernt haben. Wegen das von der Landtagskommission aufzunehmende gequirlte Ausnahmegesetz legten im Ruhrreviere zahllose Bergarbeiterversammlungen energischen Protest ein. Bülow wird in einer von allen diesen Tagungen angenommenen Resolution aufgefordert, den Gesetzentwurf im preussischen Landtage zurückzuziehen und dem Reichstage einen neuen, den von dem Berliner Bergmannstage aufgestellten Forderungen besser entsprechenden Entwurf vorzulegen. Nach einer offiziellen Meldung wird die preussische Regierung diesen auf die Verhöhnung durch die Landtagskommission einzig richtigen Schritt nicht unternehmen, sondern erwartet von der zweiten Sitzung im Plenum immer noch etwas Ersprießliches; Bülow will dabei mit „Nachdruck“ eingreifen.

Anfang August findet in Brüssel eine internationale Bergarbeiterkonferenz statt. Daß neben ganz verstandlichen Aufgaben und Forderungen dieser Kongress gleich seinen Vorgängern auch wieder ganz zwecklose Debatten und Beschlüsse bringen wird, dafür bürgt besonders das Ergebnis der Vorkonferenz. Auf die Tagesordnung wurden nämlich auch folgende Punkte gesetzt: Internationaler Bergarbeiterfeiertag und internationaler Generalfstreik (französisch-belgischer Antrag), Minimallohn (englischer), Demonstration für den allgemeinen Weltfrieden durch den Kongress (englischer). Unserer Meinung nach wird dieser Kongress mit der endlichen Schaffung eines internationalen Sekretariates seinen Hauptzweck erfüllt haben.

Ein ganz eigenartiges Vorkommnis ist von den **Porzellanarbeitern** zu berichten. Ueber den 36 Wochen

angehaltenen und schließlich für die Arbeiter verloren gegangenen Schlierbacher Streik hat nämlich der Leiter der Fürstlich Wächtersbacher Steingutfabrik, ein Herr Dr. Ehrlich, eine Broschüre in blutrotem Umschlag verfaßt. Die Farbenwahl des Umschlages läßt schon erkennen, daß die Bettedigung des genannten Fabrikdirektors in eigener Angelegenheit nicht für Kommerzianten, sondern für Arbeiter bestimmt ist. Dieser Dr. Ehrlich muß ein ganz wunderlicher Kauz sein, ließ er doch dem Hauptvorstande des Porzellanarbeiterverbandes ein Schreiben zugehen, das folgenden verblüffenden Inhalt hat: „Ich habe mir erlaubt, an sämtliche Zahlstellen Ihres Verbandes je ein Exemplar der Broschüre zu übersenden, damit diesen Gelegenheit geboten wird, das Aktenmaterial, welches allein Tatsachen wieder gibt, gründlich kennen zu lernen. — Hoffentlich erwidre ich hierdurch, daß die Zahlstellen, deren Urteil durch das Besen der „Ameise“ (Gehilfenorgan. Neb. d. „Corr.“) höchst einseitig bleiben mußte, den Tatbestand kritischer betrachten und nicht gleichsam auf Kommando Resolutionen fassen, die stark den Eindruck bestellter Arbeit machen.“ Das ist jedenfalls ein ganz neues Verfahren zur Rechtfertigung der eigenen, längst verurteilten Handlungen.

Die siebente Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen **Glasarbeiter** fand vom 23. bis 27. April in Jena statt, sie wurde mit einer Ehrung für den verstorbenen Professor Albé eröffnet. Das Mandate angefordert werden, weil die Wahl nicht ordnungsgemäß zustande gekommen (bei dieser Generalversammlung in einem Falle) ist schon öfters dazugekommen, daß aber die Ungültigkeit von weiteren zwei seitens der Mandatprüfungskommission beantragt wurde, weil die betreffenden Personen keine Verbandsmitglieder sind, ist jedenfalls ein seltener Vorgang. Anscheinend handelte es sich dabei um innere Konflikte, denn die drei in Frage stehenden Delegierten wurden schließlich doch zugelassen, weil man von ihrer Abwesenheit noch schlimmere Folgen befürchtete. So unerwünscht wie diese Einleitung war auch der Bericht des Vorstandes und manches andere noch. Der Glasarbeiterverband hat gegenwärtig 8000 Mitglieder, die Unberühmtheit ist noch eine große. Um diesem Uebelstande kräftig entgegenzuwirken, sollen besoldete Gauleiter angestellt werden; vorderhand wird nur je ein Beamter für Nord- und Süddeutschland angestellt, die Opposition gegen die Anstellung von Gauleitern war ganz erheblich. Der Vorstand, dessen Verhalten mehrfach heftig getadelt wurde, konnte diese Angriffe mit dem Mangel an Arbeitskräften gut parieren. Gegen die Sonntagsarbeit in den Glashütten hat die Organisation wohl schon viele, bisher aber immer vergebliche Schritte unternommen. Der Referent zu diesem Punkte wollte deshalb von Petitionen bei den Regierungen und bei den Unternehmern nichts mehr wissen, er empfahl dafür aber die Herausgabe von Flugblättern und Broschüren sowie die Behandlung dieser Angelegenheit in öffentlichen Volksversammlungen. Verschlössen wurde die alljährliche Herausgabe von Flugblättern an den Orten, wo die Sonntagsarbeit noch üblich ist. Ferner wurde der Hauptvorstand beauftragt, an die Fabrikanten mit dem Ersuchen heranzutreten, gemäß der dem Bundesrat und dem Reichstag vorliegenden Resolution die Sonntagsruhe bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einzuführen. Das Referat des Vorliegenden wirkte über die Taktik bei Lohnbewegungen entsetzt eine sehr rege Debatte über die dem Hauptvorstande zuzurechnenden Machtbefugnisse, die nach Ansicht Wirbigs eine Erweiterung erfahren müßten. Ein großer Mißstand ist für die Glasarbeiter das Zwischenmeisterthum. Es ist diese schädliche Einrichtung etwas anders als in der Heimindustrie; bei den Glasarbeitern sind diese Zwischenmeister in den Fabriken tätig, sie nehmen die Leute an und bezahlen die Hilfsarbeiter und Lehrlinge. Es handelt sich also um eine Methode arger Ausbeutung. Die nächste Generalversammlung wird erst definitiv die hiergegen einzuschlagenden Beschlüsse fassen. Gegen das internationale Sekretariat der Glasarbeiter in Kassel wurde einstimmig eine Protestresolution angenommen, weil selbiges entgegen übernommener Verpflichtung, zum August oder September dieses Jahres einen internationalen Kongress nach Wien einzuberufen, dies unterlassen habe, weil sich dazu „kein Weg finden lasse“. Der Schlusssatz dieser Resolution läßt die internationalen Beziehungen auch bei den Glasarbeitern noch als ziemlich mangelhaft erscheinen. Die Verlegung des Verbandssitzes nach Dresden wurde abgelehnt, nachdem der Vorsitzende bzw. Geschäftsführer Wirbig erklärt hatte, dann sein Amt niederlegen zu müssen. Der Hauptkassierer wurde mit 2000 Mk. voll angestellt, die Gauleiter werden mit 1800 Mk. besoldet werden.

Die zwölfte Generalversammlung des Verbandes der **Lederarbeiter**, welche vom 24. bis 28. April in Dresden tagte, kam auch nicht sonderlich befriedigen. Wenn als beschämende Tatsache betont wird, daß die Organisation mit Rücksicht auf die schlechten finanziellen Verhältnisse leider in keine Kämpfe für Verbesserung der Lage der Lederarbeiter eintreten konnte, wenn einige Delegierte ihren Auftrag ausführten, nämlich für Ausbau des Unterstützungswezens (das auch geringfügige Erweiterungen erfuhren) einzutreten, gleichzeitig sich aber gegen eine Erhöhung der Beiträge zu wenden, wenn man die Anstellung von Gauleitern (vorläufig zwei) beschließt und trotzdem dem Beitrag für sämtliche Mitglieder mit 35 Pf. beibehält, den für die weiblichen aber auf 20 Pf. erhöht, dann ist es schon wirklich besser, die Bude wird zugemacht, und man geht eine Verschmelzung ein, für die mit dem Schuhmacherver-

bande) überhaupt viel Sympathie vorhanden ist, denn von den 40000 Lederarbeitern werden unter den Umständen nicht vielmehr als die jetzigen 6000 zu gewinnen sein. Die Leitung der Organisation trifft für diese Zustände weniger Verantwortung; sie wurde ja im Gegenteil heftig angegriffen, wo sie für dem Fortschritte dienliche Maßnahmen eintrat. Die Berliner Delegierten hielten sich eine derbe Mißbilligung von den Provinzvertretern. Einer der ersteren wandte sich z. B. energisch gegen die Anstellung von Gauleitern und deren Bestallung durch den Zentralvorstand; die Mitglieder sollten nur bezahlen, aber nichts zu sagen haben. Ein anderer erklärte, der Zentralvorstand müsse schon bezweigen in Berlin verbleiben, damit er von den Berliner Mitgliedern überwacht werden könne! Ein Provinzdelegierter erklärte darauf den Berliner Standpunkt für reaktionär; es sei tatsächlich zu erwägen, ob der Sitz des Verbandes nicht von Berlin verlegt werden müsse, da ein Zusammenarbeiten des Zentralvorstandes mit den Berliner Mitgliedern nicht möglich erscheine. Wesentlich beigetragen zu der unbefriedigenden Entwicklung der Organisation hat auch die Affäre Weiswenger (dieser frühere Vorsitzende des Verbandes ging nach Unterschlagung von 23557 Mk. nach Amerika durch). Jedoch trifft auch hier die größte Schuld die Mitglieder; man hat nämlich diesen Mann, der Vorsitzender und Kassierer in einer Person und mit Arbeiten überlastet war, mit ganzen 1500 Mk. als „Gehalt“ abgepreist, bei Reisen legte man großmütig noch 3 Mk. pro Tag drauf. Diese standalöse Bezahlung hat sich also bitter gerächt; es bleibt aber trotzdem zu bedauern, daß für ein derartiges Hauptvorsitzendenministerium sich überhaupt jemand gefunden hat. Wie die Dinge jetzt liegen, hat die nach einem etwas unklaren Referate über die Taktik bei Lohnbewegungen sich für Tarifverträge aussprechende Resolution wohl keine ernsthafte Bedeutung. Die „Lederarbeiterzeitung“ soll fortan dreimal monatlich erscheinen. Ueber die Richtung der Berichte wurde allgemein Klage geführt und der Standpunkt vertreten, die örtlichen sowie die Versammlungsberichte würden ganz interessant sein, wenn man nur die richtigen Leute als Schriftführer habe. Eine Ansicht, die auch wir vollständig teilen; leider sieht es aber in der Praxis damit meistens ganz anders aus. Mit der Majorei in der jetzigen Form war man nicht einverstanden. Es wurde zwar der Umfesterer Beschluß in der Angelegenheit akzeptiert, aber auch vom Vorsitzenden ausgeführt, daß die zur Erzwungung der Arbeitsruhe nötigen Mittel besser für eine Verkürzung der Arbeitszeit verwandt werden; Organisationsgelder dürften für die Majorei nicht verausgabt werden. Gegen den Fabrikarbeiterverband wurden die alten Klagen gegen dessen Mitgliederverbannung aus allen möglichen Berufen laut. Kranke sind künftig von der fünften Woche ab vom Beitrage befreit. Geradezu verrückt zu nennen ist der Beschluß, daß auch Mitglieder, welche sich selbständig machen, Umzugsunterstützung erhalten sollen. Die Lehren des Falles Weiswenger hatten aber ihre Wirkung getan, das Anfangsgehalt für die Verbandsbeamten wurde auf 1800 Mk., das Endgehalt auf 2400 Mk. normiert. Die Organisation zahlt die Hälfte von den Beiträgen zur Unterstützungsvereinigung. Ein Berliner Delegierter brachte bei der Gehaltsregulierung wieder den alten Vergleich mit dem Verdienste der Mitglieder vor. Wähler wurde als erster Vorsitzender, Boet als Kassierer wiedergewählt. Sitz des Vorstandes bleibt Berlin.

Der Verband der **Bäder** tagte vom 3. bis 5. April in Hamburg. Diese Organisation hat sich verhältnismäßig gut entwickelt, was hauptsächlich den verbesserten Unterstützungs-einrichtungen und der Anstellung von sechs Gauleitern zuzuschreiben ist. Vor zehn Jahren hatte der Verband 660 Mitglieder, im Jahresdurchschnitt 1904 waren es dagegen 9068, der Zuwachs in den letzten beiden Jahren beträgt annähernd 5000. Die Fluktuation ist trotzdem enorm; von 16257 in den letzten Jahren Beigetretene sind nur 4308 der Organisation erhalten. In Zukunft sollen deshalb Aufnahmen nur bei Vorausbezahlung von fünf, in Zeiten von Lohnbewegungen von zehn Wochenbeiträgen vollzogen werden. Der Bäderverband wird künftig auch Hilfsarbeiter, weibliche Mitglieder und Lehrlinge aufnehmen. Das Verbandsvermögen beläuft sich auf 57941,06 Mk. Die Lohnbewegungen usw. waren im großen und ganzen von ganz gutem Erfolge begleitet; für 300 Mitglieder wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit, für 4462 Lohnerhöhungen, für 4000 Befreiung des Kost- und Logiszwanges (diese Bewegung geht überhaupt von den Bädern aus) und für 6000 Gehältern und 1800 Lehrlingen in Hamburg und Berlin eine Freinacht an den drei Hauptfesten errungen. Außerdem wurde mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine ein Tarif für die Bäder abgeschlossen, der von 40 der größten Vereine akzeptiert ist, von 133 Konsum- und Genossenschaftsbädereien jedoch noch nicht. Der über diese Angelegenheit bestellt Referent schilderte die zum Teile recht trübten Erfahrungen der Verbandslleitung bei Einführung dieses Tarifes. Viele Konsumvereinsbädereien hätten sich den Abmachungen nur widerwillig gefügt, nicht wenige hätten dieselben sogar rundweg abgelehnt. Nach Ansicht des Referenten ist der Grund dafür in dem Umstande zu suchen, daß vielfach bürgerliche Elemente an der Spitze der Konsumvereine stehen; allgemein kann man diesen Standpunkt aber wohl nicht gelten lassen. In Zukunft soll besonderes Gewicht auf die sorgfältige Vorbereitung der Voykotts gelegt werden; auch den nächsten Gewerkschaftskongress soll die Frage des

Voykotts als gewerkschaftliches Kampfmittel sowie die bessere gegenseitige Unterstützung bei großen Streiks auf Wunsch der Bäder beschäftigen. Streiks sollen erst nach fruchtloser Erschöpfung aller Vermittlungsversuche (Eintigungsamt) erklärt werden, die Abschaffung der Nacharbeit wird nur auf gefeigebereitem Wege für möglich gehalten. Der Beitrag wurde von 40 auf 50 Pf. erhöht unter Fortfall aller Extrabeiträge, eine Urabstimmung soll jedoch hierüber erst ermöglicht beschließen. Die gewöhnlich bezahlten Bäder können sowohl bezüglich der Beiträge als auch noch in anderen Beziehungen manchen Gewerkschaften zum Vorbilde dienen. Ein besonderes Motiv der Beitragserhöhung ist nämlich das löbliche Vorhaben, die Lohnkämpfe aus eignen Mitteln zu führen. Mit der Mitgliedschaft Magdeburg sowie den dortigen Konsumvereinsbädern war man in jeder Beziehung unzufrieden, das war aber auch die einzige Klage über Mißstände in den eignen Reihen. Die bislang amtierenden Personen wurden wiedergewählt, außerdem wurde noch ein besonderer Redakteur angestellt mit 1800 Mk. Anfangsgehalt. Das Gehalt des Vorliegenden wurde auf 2400 Mk., das des Hauptkassierers auf 2200 Mk. festgesetzt; die Gauleiter erhalten anfänglich 30 Mk. wöchentlich und steigen bis auf 40 Mk.

Vom 22. bis 27. April hielt der Verein der **Zigarrenfortierer** in Leipzig seine Generalversammlung ab, es ist dies die ältere, aber kleinere Organisation (1903 im Jahresdurchschnitt 1297 Mitglieder, seitdem jedoch nicht unbedeutlich mehr) in der Tabakindustrie, welche sich vom Tabakarbeiterverbände in der Hauptstadt wegen dessen bis in letzter Zeit mangelhaften Unterstützungs-einrichtungen fernhält. Sitz dieser Organisation, welche in Zukunft Verband der Zigarrenfortierer und Kistenfleber heißt, ist Hamburg, was weiter gar keine Bedeutung hätte, wenn wir nicht hinzufügen würden, daß zwischen Zentralleitung und der Mitgliedschaft am Vorort wesentliche Differenzen bestehen, die nach der Generalversammlung aber jedenfalls verschwinden werden. Ein von Berlin gestellter Antrag, daß Vorstand und Ausschuss nicht mehr berechtigt sein sollen, nach eigenem Ermessen Mißstände zu beenden, wurde abgelehnt. Ueber die Haus- und Sonntagsarbeit im Gewerbe hielt der Vorsitzende v. Elm ein Referat, in welchem die Meinung vertreten wird, nur durch ein gesetzliches Verbot der Hausindustrie könnten diese Schäden völlig beseitigt werden. Die hausindustriellen Betriebe seien wie die Fabriken der Gemeindefabrikation zu unterstellen; an die Arbeitererschaft aber ergehe das Ersuchen, Fabrikate der Tabakindustrie, soweit sie in hausindustriellen Betrieben, in Zuckfabriken und zu Hungerlöhnen hergestellt werden, von ihrem Konsume auszuscheiden. Das Verbot der Haus- und Sonntagsarbeit seitens der Organisation sei für absehbare Zeit nicht ohne große Schädigung durchführbar. Wenn gefagt werde, er sei früher ein größerer Idealist gewesen, so stimmt dies, er habe aber in den vielen Jahren seiner öffentlichen Tätigkeit manche Enttäufung erlebt. Weiter wurde auch eine Resolution gegen jede Mehrbelastung der Tabakindustrie durch Steuern und Zölle angenommen. Mit dem Tabakarbeiterverbände eine Verschmelzung einzugehen, ist man grunbthlich nicht abgeneigt, momentan aber seien die Vorbedingungen dazu noch nicht gegeben. Als Vorsitzender wurde v. Elm, als Geschäftsführer Arnold wiedergewählt. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

St. Augsburg. In der Ortsvereinsversammlung vom 29. April gedachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung des verstorbenen Kollegen W. Arnold, und ehrte die Versammlung denselben in der üblichen Weise. Aus der vom Kassierer Schmidt vorgetragenen Abrechnung für das erste Quartal 1905 sei besonders erwähnt, daß das Ortsvereinsvermögen am 31. März 5750,96 Mk. betrug und die Mitgliederzahl im ersten Quartale auf 228 gestiegen ist. Die dem Punkte folgte die Berichterstattung über den zu Ostern in Würzburg abgehaltenen Gantag durch die Delegierten Kahle, Kirchmeyer, Schmidt und Wipfler. Dieselben brachten zum Ausdruck, daß die Debatten dortselbst in sehr sachlicher Weise gepflogen worden seien, wie überhaupt der diesjährige Gantag einen befriedigenden Verlauf genommen habe. Nach dieser Berichterstattung erfolgte dann die Aufstellung eines Kandidaten als Delegierten für die Generalversammlung des Verbandes in Dresden und wurde hierzu Kollege Wipfler einstimmig nominiert. Unter Vereinstellungen gab der Vorsitzende das tarifwidrige Gebaren der Firma N. Schropp bekannt. Trotz persönlicher Rücksprache mit Herrn Schropp zwecks Abstellung der tarifwidrigen Zustände konnte derselbe sich dazu nicht entschließen, im Gegenteil stellte derselbe zu seinen zwei Lehrlingen noch einen weiteren Lehrling und einen „Volontär“ ein bei zwei Gehältern. Einen jüngeren Gehilfen entlohnerte er mit 16 Mk. wöchentlich, für Ueberstunden gab es überhaupt keine Entschädigung. Die Lehrlinge mußten des öftern bis 8 und 9 Uhr, sogar am Sonntag vormittag arbeiten. Infolge dieser Uebelstände sah sich auch das hiesige Tarifschiedsgericht gezwungen, sich mit genannter Firma zu beschäftigen, und kam daselbe zu dem einstimmigen Beschlusse, die Streichung der Firma bei dem Tarifante zu beantragen, was auch bereits gesehen ist. Vor einigen Jahren, als Herr Schropp noch Gehilfe war, wußte derselbe sehr wohl, was er von Tarif wegen zu beanspruchen hatte. Um Regelung der Lehrlingsmishandlung wurde auch die Handwerkskammer von

Schwaben und Neuburg angegangen. Den durchreisenden und konditionslosen Kollegen wurde am 1. Mai, wie in den Vorjahren, je eine Mark ausgezahlt.

Berlin (Reichsdruckerei). Ein Teil der Kollegen der Reichsdruckerei war für den zweiten Osterfeiertag vormittags von 7 bis 1 Uhr zur Arbeit bestellt und glaubte — da eine Bestimmung über die Bezahlung der ersten und zweiten Feiertage im Lohnregulativ der Reichsdruckerei nicht vorhanden — sich berechtigt, die tarifliche Bezahlung für die an diesem Tage geleistete Arbeit verlangen zu können, zu welchem Zwecke Kollegen des Arbeiterausschusses vorstellig wurden. Nachdem diese zuerst den Bescheid erhielten, daß die Reichsdruckerei sich erst erkundigen müsse, ob die verlangte Bezahlung tatsächlich in Berlin üblich, man sich also bis zur nächsten Woche zu gedulden hätte, ist nunmehr der Bescheid gekommen, die Direktion lehne jede Mehrbezahlung ab (es war vorläufig der zweite Feiertag als gewöhnliche Sonntagsarbeit bezahlt worden), da ihr seitens des Herrn Staatssekretärs Mittel für diesen Zweck nicht zur Verfügung ständen.“ Wohlgerückt: man erkennt wohl an, nachdem seitens der Berliner Privatdruckereien auf Anfrage der Reichsdruckerei die Antwort erfolgte, sie müßten vorkommendenfalls allerdings die verlangte Mehrbezahlung für die ersten und zweiten Feiertage bezahlen, daß ja die Forderung berechtigt war, aber die Reichsdruckerei — der Staat — ist dazu nicht in der Lage trotz der durchschnittlich zwei Millionen Mark Ueberschuss. Die Kollegen erleiden dadurch eine Einbuße von etwa fünf Mark pro Kopf, und das Vertrauen zur Direktion ist dadurch sicherlich nicht gestiegen. Nach Aussage des betreffenden Betriebsinspektors hätte die Mehrforderung annähernd 500 Mk. betragen, welche Summe bei einem solchen Nebenbetriebe doch nur als Bagatelle betrachtet werden kann, zumal seit Jahren mit oben angeführten Ueberschüssen gerednet wird. Anscheinend ist man der Ansicht, daß der einzelne Arbeiter die paar Mark eher verschmerzen könne als die Reichsdruckerei mit ihrem Millionenetat die paar Hundert Mark. Aber ganz abgesehen davon: wirkt es nicht geradezu — sagen wir mal — komisch, wenn man auf der einen Seite von der Regierung verlangt, sie solle die Tarifgemeinschaften dadurch fördern, daß sie Einrichtungen der letzteren geistliche Kraft verleiht, und auf der andern Seite sieht diese selbe Regierung sich nicht einmal veranlaßt, dem nachzukommen, was auch der geringste Provinzdrucker als recht und billig anerkannt hat? Es soll späteren Artikeln vorbehalten sein, auf weitere Mißstände in diesem Staatsinstitut einzugehen — nach Aussage dortiger Kollegen sollen in bezug auf Arbeitszeit, Behandlungsweise, Strafgebühren und Aufpasserunwesen usw. nichts weniger als leidliche Zustände herrschen. Die Direktion würde sich aber in einem großen Irrtum befinden, sollte sie annehmen, daß die von ihr Beschäftigten sich gewissermaßen als Beamte fühlten, schließt doch die dort übliche Behandlung und das ganze gegen die Arbeiter angewendete System mit seinen Straf- und Entlassungsandrohungen ein solches Gefühl überhaupt aus, und daher ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter danach streben, genau dieselben Rechte zu besitzen wie die in Privatdruckereien Beschäftigten. Aber auch die Prinzipale müssen u. G. ein Interesse daran haben, daß die ohnehin schon recht fühlbar werdende Konkurrenz der Reichsdruckerei nicht noch größer werde durch untarifliche Entlohnung ihrer Arbeiter. Vorläufig sei nur das festgehalten, daß die betreffenden Kollegen durchaus nicht geizig sind, sich bei dem erhaltenen Bescheide zu beruhigen, sondern — wie uns mitgeteilt wird — nichts unberührt lassen werden, um das zu erlangen, was sie als tarifreue Gehälter zu verlangen haben. Wenn schon die Reichsdruckerei den Tarif nicht formell anerkannt hat, so muß man doch annehmen, daß er wenigstens in allen Teilen bezahlt wird, und da dies nicht geschieht, so werden wohl die zuständigen Tarifbehörden Schritte unternehmen müssen, um das, was in ganz Deutschland als Norm gilt, auch für die Staatsdruckerei verbindlich zu machen. Und sollte sie sich wieder weigern den Tarif anzuerkennen, so muß sie gezwungen werden, ihn wenigstens zu bezahlen. — ???

O.-R. Bozen (Südtirol). Das an Naturköhnenheiten gegnete Südtirol läßt nicht nur auf die bemittelteren Kreise eine Anziehungskraft aus, sondern auch viele unserer Kollegen in aller Herren Länder, so auch in Deutschland, werden durch diesen Umfang eines teils, andernteils aber auch durch ihre erschlüßerte Gesundheit bewogen, eine alpenländische Kondition einer andern vorzuziehen. Ganz besonders tritt dies in Bozen hervor und wird auch von Seiten der Prinzipale systematisch ausgenützt. Aus der weitesten Ferne werden die Kollegen durch alle möglichen Versprechungen herbeigelockt, um, hier angelangt, zu bemerken, daß die gerühmten Naturköhnenheiten keinen Ersatz für die miserablen Drucker- und Lebensverhältnisse bieten. Hauptächlich die Druckerei „Tyrolia“ spielt hierbei eine hervorragende Rolle, und schon mancher deutsche Kollege hat es bereut, jemals in Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse Kondition in oben erwähnitem Kunstempel angenommen zu haben. Schon durch das Lokal, in dem die Druckerei untergebracht ist, wird jeder neu Eintretende Kollege auf das bitterste enttäuscht, und viele Kollegen, die zur Winterzeit im „sonnigen Süden“ Erholung von einem überstandenen Leiden suchten, nahmen infolge der ungenügenden Beheizung und anderer sanitärer Umstände an ihrer Gesundheit noch mehr Schaden. Ferner ist die Behandlung und Bezahlung im Verhältnisse zu den Anforderungen eine derart schlechte, daß fast ausnahmslos jeder, dem es möglich ist, in kürzester Zeit sich wieder

dahin begibt, von wo er gekommen, und dem schönen Süden erleichtert aufatmend den Rücken kehrt. Besonders die Geschäftsleitung dieser Druckerei weiß genau, was für eine Anziehungskraft die Tyroler Bergwelt auf die Kollegen ausübt und ist niemals in Verlegenheit, Ersatz für eine ihr überdrüssige oder infolge der herrschenden Zustände freiwillig abgehende Arbeitskraft zu finden. Ihr Benehmen gegenüber dem Personale ist auch demgemäß eingerichtet, und wird selbst der berechtigteste Widerspruch von Seiten eines Angestellten, sei es in technischer oder persönlicher Beziehung, kurzerhand mit Entlassung geahndet, um einem andern, sich nach dem gelobten Lande Tyrol sehnen den Kollegen Platz zu machen. Die Geschäftsleitung ist für derartige Eventualitäten immer vorgeesehen, denn ohne direkten und voraussichtlichen Bedarf stellt sie fortwährend in Unterhandlungen mit anderweitigen Arbeitskräften, um dieselben gegebenenfalls sofort verwenden zu können. Es kamen auch Fälle vor, wo Kollegen aus guten Konditionen durch diese Manipulationen herausgelockt und zu ihrem größten Schaden in die Verhältnisse dieser Druckerei veretzt wurden, welche sie nach kurzer Zeit zwangen, die Druckerei zu verlassen, ohne auch nur die geringste Entschädigung für die öfters ganz horrenden Auslagen zu erhalten. Nicht nur in dieser, sondern auch in anderen hiesigen Druckereien, so den Firmen Keller und Ferrati, sind vorher beschriebene Umstände großenteils zutreffend, und ist es deshalb notwendig, daß das in Oesterreich geforderte Einholen von Erkundigungen vor Annahme einer Kondition von den Kollegen in eignen Interesse strikte eingehalten wird, um durch eine derartige Unterlassung nicht noch ihren Schaden zu vergrößern. Zum Schluß sei jedem Kollegen auf Grund der gemachten Erfahrungen gesagt, daß ein Engagement in oben erwähnten Druckereien selten von langer Dauer ist. Zur Daurchsicht auf Wunsch vieler bereits herein-gelassenen deutschen Kollegen!

Freiburg i. B. (Oberrheinische Maschinen-sehervereinigung.) In der am 30. April stattgehabten Versammlung konnte der Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen, daß sich acht Kollegen der Vereinigung angeschlossen haben; die Mitgliederzahl hat sich nun seit der letzten Generalversammlung mehr als verdoppelt. Die diesjährige (2.) Generalversammlung findet zu Pfingsten in Freiburg statt. Näheres wird später bekannt gegeben werden. Der Vorsitzende referierte dann über: „Die Schweizer Prinzipale und die Seckmaschine“, sowie unter „Tarifliches“ über die in neuerer Zeit abgeschlossenen Seckmaschinentarife. Unter „Technisches“ wurde einem Artikel im „Allg. Anz. f. Dr.“ von B. E. Baden-Baden eine längere Besprechung gewidmet, in der zum Ausdruck kam, der betreffende Artikelschreiber möge, wenn er der Allgemeinheit mit seinen „Kenntnissen“ dienen wollte, es unterlassen, Angaben zu machen, die in der Praxis sich nicht verwirklichen lassen. Es sei eine gewagte Behauptung, daß sich die angeführten Störungen „in zwei Minuten“ beseitigen ließen.

Lehr. Am 30. April erfolgte hier die Gründung des Maschinenmeistervereins für den hiesigen Bezirk. Anwesend waren neben den hiesigen Kollegen eine Delegation von Freiburg, eine solche von Straßburg sowie einige Kollegen von Offenburg. Nachdem Kollege Christmann die Anwesenden herzlich willkommen geheißen, hielt Kollege Dauer-Estraburg einen Vortrag über „Zweck und Ziele der Maschinenmeistervereine“, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde. Hierauf erfolgte die Vorstandswahl, worauf Kollege Dauer die Glückwünsche der Straßburger und Kollege Lühmann die der Freiburger Kollegen überbrachte. Der nun folgende Vortrag von Kollege Christmann über „Prügen und Stenzen“ bot viel Interessantes, da die meisten hiesigen Kollegen mit diesem Erwerbszweige noch nicht vertraut sind. Nachdem die Freiburger Kollegen uns noch finanziell unterstützt und die Straßburger uns mit einer schönen Druckensammlung bedacht hatten, wofür beiden Vereinen auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei, schloß Kollege Christmann mit einem Hoch auf den jungen Verein die Versammlung. Mögen nun die Druckerkollegen uners Bezirks sich zahlreich in dem Verein einfinden; denn je stärker der Verein, um so mehr Erfolgserfolge kann geleistet werden.

Leipzig. (Mitgliederversammlung am 28. April.) Zu den Vereinsmitteilungen teilte der Vorsitzende u. a. mit, daß verschiedene Differenzen in tarifreuen Offizinen durch persönlichen Eingreifen gütlich beigelegt worden sind; mit einer Ausnahme bei der hinklanglich bekannten Firma Hirschfeld, über welche ja in Nr. 50 des „Corr.“ ausführliches zu lesen ist. Bei G. Haberland scheint man in neuester Zeit Nichtmitgliedern ganz besonderes Wohlwollen entgegenzubringen, seitens des Chefs werde sogar den Neueintretenden der Beitritt zur Prinzipalkasse nahegelegt. Nach den Erfahrungen, die wir mit genannter Firma vor dem Schiedsgerichte gemacht haben, sei ihr eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Betreffs der Waiserei lag seitens des Gewerkschaftes kein Antrag vor, da ja, wie der Vorsitzende ausführte, der Gewerkschaftskongress endgültig Stellung zu dieser Frage nehmen werde. Ein Antrag aus der Versammlung, zur Feier selbst das Bureau zu schließen und den konditionslosen, an der Demonstration teilnehmenden Kollegen ein Extraausstellung zu gewähren, letztere vorbehaltlich der Zustimmung einer späteren Versammlung, fand einstimmige Annahme. Zu den Generalversammlungsanträgen referierte kurz Kollege Engelbrecht. Eine Diskussion hierzu wurde nicht beliebt; desto intensiver gestaltete sich diese beim nächsten Punkte: Aufstellung von Kandidaten zur Dele-

gationswahl. Nach über einstündiger Debatte kamen nachstehende Kollegen in Vorschlag: als Delegierte Engelbrecht, Bogenitz, Tanneberger, Zahn, Rost, Hesselbarth, Mylau und Müller; als Stellvertreter Liebecke, Feymer, Ed. Wasse und Sejerth. Dem Gesangvereine Gutenberg wurden zu dem Pfingsten in Leipzig abzuhaltenden Mitteldeutschen Buchdruckerfängertage 500 Mk. bewilligt. Beschlossen wurde noch, das Johannistfest am 24. Juni im Felsenkeller und das nächstjährige Stiftungsfest in der gleichen Weise wie das letzte im Krifallpalast abzuhalten. (Dieser Versammlungsbericht ging bei uns ein, nachdem er bereits in der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt war.)

Leipzig. Nachdem am 28. April das Personal der Firma Hirschfeld ausständig geworden, tagte am 1. Mai unter dem Vorsitze des Stadtrates Dr. Atermann das hiesige Gewerbegericht, welches Herr Hirschfeld als Einigungsamt angerufen hatte, um eine Beilegung des Konfliktes herbeizuführen. Herr Hirschfeld, der früher äußerte, den Tarif auf keinen Fall durch Unterschrift anzuerkennen, hatte sich die Sache schon etwas anders überlegt und erklärte sich nach längerer Unterhaltung bereit, den Tarif schriftlich anzuerkennen; außerdem war er auch bereit, die anderen von den Ausständigen geforderten Bedingungen, sofortige Auszahlung des durch Schieds-spruch fällig gewordenen Lohnes, Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigung usw., zu erfüllen. Nur eins wollte sich Herr Hirschfeld vorbehalten, und zwar dies, daß er das Tarifschiedsgericht nicht anzuerkennen brauche und sich dessen Entscheidung nicht zu fügen habe. Wenn ihm dies „kleine“ Zugeständnis gemacht worden wäre seitens der Gehilfenchaft, so könnte der Konflikt heute sicher als beigelegt gelten. Selbstverständlich lehnten die Ausständigen und die hiesige Gewerkschaft es ab, Herrn Hirschfeld eine Ausnahmestellung in der Tariforganisation einzuräumen, und infolgedessen sind die Verhandlungen vor dem Gewerbegerichte als gescheitert zu betrachten. Auf Veranlassung des Stadtrates Atermann, Vorsitzender des hiesigen Gewerbegerichtes, fand zwischen diesem, einem Ausständigen und dem Gewerkschaften am 4. Mai eine weitere Aussprache in der Hirschfeldschen Sache statt, jedoch blieb es beim alten, da seitens der Gehilfenvertretung mit allem Nachdrucke darauf hingewiesen wurde, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, bezüglich des Tarifschiedsgerichtes Herrn Hirschfeld die geringste Konzession zu machen. Es wird also bei Hirschfeld weiter gestreift, und Herr Hirschfeld wird Ersatz für sein früheres Personal schaffen, über den Tarif einschließend der in der Tariforganisation vorgezogenen Institutionen anerkennen müssen. Außerdem muß aber auch der Arbeiterchaft entwürdigende Passus aus der Arbeitsordnung, nach welchem das Hirschfeldsche Personal ohne Wissen des Chefs keine Drucker- und Maschinenvereinigungen besuchen „darf“, entfernt werden; bevor dies nicht geschieht, wird die Organisation der Kunsttempel Hirschfelds nicht wieder öffnen. Hoffentlich hat Herr Hirschfeld mit den zwei Maschinenmeistern, welche dieser Tage aus Berlin eintreffen sollen, ähnliches Glück als mit den Sechern, welche aus der Provinz kommend bei Hirschfeld eintraten und sich — nachdem sie die nötige Aufklärung erhielten — den Streikenden und der Organisation angeschlossen.

Leipzig. Bei Hirschfeld sind am 8. Mai sämtliche Hilfsarbeiterinnen in den Zustand getreten, um ihre Solidariät mit den Ausständigen zu bekunden. Als am Montag früh ein arbeitswilliger Drucker seine Tätigkeit bei H. zu entfalten gedachte, erklärten sämtliche Punktiererinnen und Anlegerinnen, mit Arbeitswilligen nicht zusammen arbeiten zu wollen; sofort verließ das Hilfspersonal die Stätte seines Wirkens und — „alle Räder standen still“. Beschämend muß das solidarische Handeln der Hilfsarbeiterinnen auf die bei H. noch tätigen sechs Mitglieder der „Zweiten Klasse“ wirken, welche es nicht für nötig halten, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß H. aus dem Verzeichnisse der tarifreuen Druckereien gestrichen werden. Mit allerhand Ausreden suchen diese, sich auch tarifreue nennenden Gehilfen, ihr Verhalten zu entschuldigen. Die wirkliche tarifreue Gehilfenchaft wird sich nun die Frage vorlegen haben, ob noch Tarifbeiträge von der „Zweiten Klasse“ seitens der Tarifbehörden angenommen werden können oder nicht.

B. Lüneburg. Die hier am 30. April abgehaltene Bezirksversammlung wurde vom Bezirksvorsitzenden Casse mit einer Ansprache eröffnet. In dieser gedachte derselbe u. a. des verstorbenen langjährigen Gewerkschafters Weber-Hannover und des Kollegen Wendorf-Harburg; die Versammelten ehrten das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 59 Mitgliedern. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresberichte sei hervorzuheben: Es sind 76 Mitglieder im Bezirke beschäftigt, denen über 80 Nichtmitglieder gegenüberstehen. Das Vereinsleben war in den einzelnen Mitgliedschaften ein gutes zu nennen. Einen Aufschwung hat der Ortsverein Lelzen zu verzeichnen, wo durch die Gründung einer neuen Zeitung die Zahl der Mitglieder um das Doppelte (30) stieg. Sodann verbreitete sich Heber über den Streik in der W. Kämmerischen Buchdruckerei in Wilhelmshagen, wo Anfang des Jahres sieben Kollegen die Arbeit niederlegten, da der Besitzer den Lokalzuschlag von 17 Proz. nicht zahlen wollte. Die Sache würde ja keine Bedeutung mehr für uns haben, wenn nicht, wie im „Corr.“ zu lesen, jetzt Herr K. den Tarif anerkannt hätte. Dem Vorsitzenden wurde Anfangs April die Mitteilung aus Wilhelmshagen, daß ein Maschinenmeister (B.-M.) aus Bremen in der hiesigen Druckerei angefangen hätte:

darauf aufmerksam gemacht, weshalb die Kollegen f. B. ihre Stellungen aufgegeben, zeigte der Besitzer bei den Verhandlungen, die der zugereichte Kollege mit ihm hatte, die schriftliche Bestätigung des Tarifantes, daß der Tarif anerkannt sei. Der Vorsitzende fragte beim Gauvorsteher und Kreisvertreter Klapproth an, ob dies seine Wichtigkeit habe, da derselbe durch verschiedene Manipulationen des Herrn K. mißtraulich gemacht war. Der Gauvorsteher antwortete umgehend, daß ihm von einer Tarifanerkennung in Wilhelmshagen nichts bekannt sei; erst nach Ostern kam die Bestätigung dieser Nachricht nach Hannover. Wunderlich bei der Sache ist, daß, wie ein Kollege in der Versammlung kundgab, dem Hamburger Arbeitsnachweise diese Anerkennung bereits seit Mitte April bekannt war. Bei der über diese Wortkommuniqué eröffneten Diskussion verurteilten sämtliche Redner die nicht rechtzeitige Bekanntgabe der Tarifanerkennung an den Kreisvertreter Klapproth-Hannover, damit von diesem als Gauvorsteher für die Wiederbestellung des alten Personals hätte gewirkt werden können, wenigstens aber die Einstellung von zwei Kollegen, die durch familiäre Verhältnisse am Orte gebunden, zu verlangen. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden und beauftragte den Vorsitzenden, in diesem Sinne beim Gauvorstande zu wirken, und falls notwendig, die Sache dem Zentralvorstande zu unterbreiten. Die Bezirkskasse hatte eine Einnahme von 389,83 Mk. und eine Ausgabe von 263,43 Mk. Die Ortskasse des Bezirksvorortes hatte eine Einnahme von 479,98 Mk. und eine Ausgabe von 341,10 Mk. Bei der nun folgenden Berichterstattung aus den einzelnen Druckorten wurde nach Schluß derselben über die ferner zu betreibende Agitation im Bezirke beraten und beschloffen, daß die drei Ortsvereine je eine Agitationskommission wählen, die im Einverständnisse mit dem Bezirksvorstande für die Gewinnung neuer Mitglieder wirken sollen. Bei Besprechung der Tagesordnung zum Gantage erfuhr der zweite Abänderungsantrag der Gantageschäftsordnung, gestützt von der Mitgliedschaft Lelzen, eine scharfe Kritik seitens der Lüneburger. Nachdem noch der Vorsitzende zur Wahl von Gantagesdelegierten gemacht, wurde bei der Besprechung der Tagesordnung zur Generalversammlung die Gründung einer Verbandswitwenkasse abgelehnt, aber eine stoffliche Erhöhung des Sterbegeldes empfohlen. Zur Generalversammlung wurde Kollege Sasse-Lüneburg als Delegierter angestellt, und hofft die Versammlung, daß die Mitglieder des Gaues diese Kandidatur aufs kräftigste unterstützen. Den auswärtigen Mitgliedern wurde Mitgliedschuldigung vierter Klasse aus der Bezirkskasse bewilligt. Die nächste Bezirksversammlung findet wieder in Lüneburg statt. Nachdem noch unter „Sonstiges“ einige interne Angelegenheiten erledigt, schloß der Vorsitzende die sachlich und ruhig verlaufenen Verhandlungen mit einem Hoch auf unsern Verband.

f. Speier. Zu der am 29. April abgehaltenen, gut besuchten Bezirksversammlung referierte unser Bezirksvorsitzender über den während der Osterfeiertage in Heidelberg abgehaltenen 27. mittelhessischen Gantage. Die dazugehörigen Beschlüsse wurden gut geheißen mit Ausnahme der sogenannten „Militärvorlage“, durch deren Annahme den zu militärischen Übungen einberufenen Mitgliedern eine Unterstützung im Betrage von 3,50 Mk. pro Woche auf die Dauer von zwei Wochen gewährt werden soll. Dieser Beschluß stieß mit wenigen Ausnahmen auf heftigen Widerstand und war man der Ueberzeugung, daß in drei Jahren dessen Wiederaufhebung erfolgen werde. Infolge der aus nichtigen Gründen erfolgten Niederlegung seines Postens wird eine Neuwahl des Schriftführers in der nächsten Versammlung vollzogen. Bedauerlich ist, daß unsere Maschinenmeister mit vereinzelter Ausnahme es nicht einmal der Mühe wert finden, in die Versammlungen zu kommen. Etwas mehr Interesse für Verbandsangelegenheiten dürften sie schon an den Tag legen. Oder sind ihre Verhältnisse so glänzend, daß sie das nicht nötig haben?

Stuttgart. Am 13. Mai begeht Kollege Karl Jimms, Korrektor der in Buchdruckerei „Union“, sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Die eigentliche Feier findet abends im Gewerkschaftsaufe statt. Als früherer langjähriger Kassierer des Gaues Württemberg ist der Jubilar nicht nur den älteren Kollegen im Gau, sondern auch weit über dessen Grenzen hinaus bekannt.

Zwickau. Die Korrespondenz aus Klauen in Nr. 51 dieses Blattes, in welcher die Berichterstattung über die Gantagsverhandlungen im „Sächsischen Volksblatte“ bekräftigt wird, könnte in Kollegenkreisen die Meinung aufkommen lassen, als wenn dieser angezogene Bericht von einem der Zwickauer Gantagesdelegierten herrühre. Dem gegenüber erklären die unterzeichneten Delegierten, daß sie diesen Bericht im „Volksblatte“ weder verfaßt noch veranlaßt haben. Uebrigens sind Unterzeichnete der Meinung, daß innerhalb der vier Wochen Zeit und Gelegenheit genug gewesen wäre, die benämigte Berichterstattung in dem betreffenden Blatte zu rügen, nicht aber in der Form im „Corr.“, welche unzweideutig die Spitze gegen die Zwickauer Delegierten richtet. Emil Capfer. E. Hesse. Wg. Hübner. Alf. Riger. K. Weijner. S. Kraffer. E. Lindner. P. Poser.

Erwiderung.

Zu Nr. 51 des „Corr.“ bringt Herr Mussial — der neue Harmonieapostel —, nach dessen Auffassungen „die fortschreitende Einsicht der Prinzipale der Ge-

hilfenshaft die gewünschte Gleichberechtigung bringen wird“, in „eigner Sache“ einen perfiden Ausfall gegen den Unterzeichneten. Wenn dieses, wahrscheinlich von „vereinten Kräften“ zusammengepfuschte Madwerk, das von Verdrehungen, Beschimpfungen und Hanswurstdänsen gleich einem Pasquill damit voll gestickt ist, den Zweck haben soll, mich persönlich zu verunglimpfen, so bringe ich hiermit zum Ausdruck, daß der Herr Pasquillant Mussial dazu gar nicht imstande ist. Wer einem seiner Mitkollegen in wohlüberdachter Absicht eine Falle stellt, um zu beweisen, daß er mit mir in Verbindung steht (wie darf auch ein Tariffunktionär mit dem Gauvorstehenden sich einlassen, die ganze Tariforganisation könnte ja dabei zum Leufel gehen!), der hat für alle Zeiten es bei jedem anständigen Menschen verwirkt, sich mit ihm in Diskussionen einzulassen. „So sieht es hinter den Kulissen aus!“ Albert Massini.

Auf die in Nr. 51 des „Corr.“ mit Paul Mussial unterzeichneten Auslassungen sehe ich mich genötigt, folgendes zu erklären: Als der Vorsitzende Massini auf den Bericht über die Bezirksversammlung in Köpenick einging (der Bericht der Frankfurter Versammlung wurde von ihm nicht erwähnt, dies geschah seitens eines Diskussionsredners) und ausführte, daß wir gewohnt sind, in Ruhe und Sachlichkeit zu verhandeln und alles Persönliche aus dem Spiele lassen, erregte Herr Mussial durch seine Zwischenrufe wie: „Aber nicht immer! Siehe vorige Versammlung! Ueber Jossen ist direkt die Unwahrheit gesagt worden“, den Unwillen der Versammlung und gab ihm die nachfolgenden Diskussionsredner in unzuweibarer Weise zu verstehen, daß sie dieselben als Provoaktion auffaßten. Als der Vorsitzende geendet und Herr Mussial das Wort erhielt, erklärte er, daß seine Zwischenrufe falsch verstanden worden seien, was ein allgemeines „Hoi!“ zur Folge hatte, und sagte wörtlich: „Ich gebe ja zu, daß sich Berlin große Verdienste um den Dergau erworben hat“, dann ging er auf die in der Versammlung vom 29. März erwähnten Verhältnisse in Jossen ein und verließ sich zu dem Borwurfe, daß mit Wissen des Gauvorstandes wissentlich die Unwahrheit verbreitet sei. Diese Perfidie, welche vom Kollegen Wachs konstatiert und unter dem Beifalle der Versammlung energisch zurückgewiesen wurde, war es in erster Linie, welche ihm jene „schmeichelhafte“ Charakterisierung seitens der Versammlung eintrug. Wie aus dem Versammlungsberichte hervorgeht, sprachen sich sämtliche Redner gegen Mussial aus, nur weit schärfer wie in diesem wiedergegeben, denn es widerstrebt meinem Gemüthe, gleich zum Ankerhaken zu greifen. Der Vorsitzende beteiligte sich nicht an der Debatte. Aber ich sehe mich genötigt, das Pamphlet, so weit es meine Person angeht, jetzt ein wenig niedriger zu hängen. Es ist nicht wahr, daß Herr Mussial „der Versammlung ein getreues Spiegelbild der letzten Versammlungen“ vorhielt, denn dazu ist er nicht imstande, weil er die Versammlungen vor dem 29. März in diesem Jahre meistens geschwänzt hat. Das ausführliche Protokoll dieser Versammlung (vom 29. März) ging laut Versammlungsbeschluß dem Zentralvorstande zur Einsicht zu und weder gegen Bericht noch Protokoll wurde Einspruch erhoben, also die Richtigkeit anerkannt. Es ist nicht wahr, daß die „Kollegen Kirchner und Sendte mit nicht mißzuverstehenden Deuteleien in die Debatte gezogen wurden“, aber Herr Mussial erklärte wörtlich: „Das Gericht, das drei Maschinenjägern die Unterstützung entzogen ist, ist durch die Verzögerung der Verhandlungen in Brandenburg entstanden.“ Diese Verzögerung dauerte allerdings drei Wochen. Es ist eine „edle“ Dreifigkeit, zu sagen: — — — waagt es der Berichterstatler dennoch, eine Form zu finden, die der Ablehnung gleichkommt. Es wurde hervorgehoben, daß die Kollegen über Jossen die Wahrheit gesagt haben! O, edle Dreifigkeit! Hier hat der Berichterstatler nichts zu wagen und nichts abzuleugnen, sondern er sagt die Wahrheit, und wenn Sie das befreiten, Herr Mussial, sind Sie alles andere als wahrheitsliebend! Soll ich Ihnen noch einige Ausführungen der Kollegen zu Gemüte führen in betreff Ihrer unerhörten Verdächtigungen gegen den Gauvorstand, ohne daß Sie ein Wort der Entgegnung hatten, daß Ihre Handlungsweise als gemein bezeichnet wurde, und daß es mit der Ehre eines wahrheitsliebenden Mannes als nicht vereinbar angesehen wurde, zu verdächtigen, sondern daß man für Befragungen auch Beweise beibringen müßte? Sie, Herr Mussial, wollen mich der Ablehnung beschuldigen, der Sie einst die Dreifigkeit besaßen, dem vergangenen Geistesvorstehenden des Schiedsgerichtes eine fingierte Klage zuzusenden, sich darüber lustig machten, und sich dieser Hebelnart in einer kombinierten Sitzung des Zentralvorstandes mit dem Gauvorstande rühmten. Etwas ähnliches wurde im Jahre 1896 gegen das Tarifamt verübt, indem man fingierte Adressen einbandte, und als diese in Verzeichnisse tariffreier Firmen erschienen, machte man sich darüber lustig und suchte die Tarifinstitution in den Schmutz zu ziehen. Genau dasselbe haben Sie getan, Herr Mussial, und die Ausdrücke, mit denen der „Corr.“ damals jene Burden belegte, sie treffen auch auf Sie zu! Ueberhaupt scheinen Sie die Sprache zu benutzen, um Ihre Gedanken zu verbergen, denn die Ausführungen, welche Sie gemacht haben wollen, sind in der Versammlung nicht zum Ausdruck gekommen, wenigstens nicht in dieser Form; vielleicht haben Sie so gedacht, gesagt haben Sie es aber nicht. Erscheinen Sie gefälligst in den Versammlungen,

sehen Sie meine Berichte an, wenn Ihnen etwas nicht paßt, ich werde Ihnen Rede und Antwort stehen, auf Spiegelfechtereien lasse ich mich nicht ein! Wenn der „Corr.“-Redaktion Ihr Pamphlet als Geisteserguß genügt, und dieselbe auf ein eignes Produkt verzichtet, so mag das für Sie eine Verabigung sein. Ich bin fertig mit Mussial und nehme für meine Ausführungen die Debit in Anspruch: „Honny soit, qui mal y pense!“ Rudolf Albrecht, Schriftführer des Berliner Gauvereins.

Zu dem in Nr. 51 veröffentlichten und von der Redaktion mit so großer Genugthuung begrüßten „sachlichen“ Ergüsse des Kollegen Mussial möchte ich mir nur einige Bemerkungen erlauben, um den so wertvollen Raum des „Corr.“ nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen.

Es mag ja für den Kollegen Mussial schmerzhaft sein, daß die Berliner Kollegenhaft und auch ich für sein so eigenartig sachliches Bestreben, die Interessen der Allgemeinheit, das heißt doch wohl ausschließlich der Berliner, zu fördern, so wenig Verständnis hat. Die ganze Abfassung des Ergusses läßt es ja am besten erkennen, wie sich Kollege Mussial die „Sachlichkeit“ vorstellt. Wenn man die Stirn hat, sich in der Vertrauensmännerversammlung hinzustellen und die beiden angeführten Fälle von Lumbereien seitens der betreffenden Vertrauensleute zu verallgemeinern, wie es Mussial getan hat, und dann zu behaupten, wenn die Vertrauensleute mehr geschügt würden als bisher, dann würden sich noch mehr solche unlautere Elemente zu den Vertrauensmannsposten drängen, dann müßten ja die Berliner Vertrauensleute eigenartige Menschen sein, derartige Beurteilungen nicht als Beleidigungen aufzufassen. Die Sache wäre trotzdem wie manches andre vergessen worden, wenn Kollege Mussial nicht in der vorletzten Versammlung nach einer größtlichen Beleidigung des gesamten Gauvorstandes es unternommen hätte, sich wegen der Beurteilungen in der Vertrauensmännerversammlung als die verfolgte Unschuld hinzustellen. Das ein bei so fortgesetzter Provoaktion die Galle einmal überläuft, ist wohl nur zu verständlich. Wenn Kollege Mussial meine Aeußerung, „daß ihm noch etwas ganz andres gehörte“, so auffassen will, daß er verhalten werden soll, so will ich das seinem Geheime überlassen. Jedenfalls wäre es mir und auch vielen andern angenehm gewesen, wenn Kollege Mussial die Vertrauensmännerversammlung nach seinen beleidigenden Aeußerungen hätte verlassen müssen, aber ohne Prügel.

Seht Mussialisch und daher so geschmackvoll ist auch der Hinweis auf die Arbeiterbaugewerkschaft „Paradies“. Ich bin ja dem Kollegen Mussial dankbar, daß er den Berliner Kollegen diese ideale Arbeitervereinigung ins Gedächtnis gerufen hat. Im übrigen soll er es den Mitgliedern von „Paradies“ nur überlassen, wenn sie sich als Vorsitzenden wählen.

Wegen meiner Tätigkeit im Tarifschiedsgerichte will ich ihm nur bemerken, daß ich nicht die gehörigste Untertanenmeinung habe, daß mit dem Amte auch der Verstand kommt, sondern daß man darin solche Kollegen scheidet, die sich im praktischen Leben Erfahrungen genug gesammelt haben, um einen solchen Posten ausfüllen zu können. Wünscht man es mit mir ebenjo zu machen wie mit dem Kollegen Heinrich, bei dessen Amtsentsetzung Kollege Mussial ja auch in so schäbner Weise mit gewirkt hat?

Die Wendung von der „zerfetzenden Tätigkeit einiger anarchistischer Elemente“ beweist mir ja auch neue, daß man jetzt eifrig bestrebt ist, die Berliner Kollegen den Provinzkollegen als den „roten Wauwan“ hinzustellen. Doch darüber wollen wir das Urteil getroffen der Generalversammlung überlassen, die ja hoffentlich diese unelblichen Verhältnisse aus der Welt schaffen wird. Wünschen möchte ich nur, daß der gesamte Zentralvorband dort vertreten ist, also auch Mussial, damit den Delegierten Gelegenheit gegeben wird, diesen Musterknaben der Unpersönlichkeit und Sachlichkeit kennen und schätzen zu lernen. Berlin. Hermann Schlegler.

Kundschau.

Auf dem Gewerkschaftskongresse in Köln wird der Verband der Deutschen Buchdrucker vertreten sein durch die Kollegen Döblin, Engelbrecht, Graßmann, Knie, Massini, Reyhäuser und Seip.

Warum der Herr Innungsvorsitzende Schön vom Tarife nichts wissen will, erzählt in der „Deutschen Buchdruckergewerkschaft“ ein Prinzipal und sagt: „Was nun Herrn Kollegen Schön vom „Generalangeiger“ anbelangt, so erklärte derselbe in der letzten Innungsverammlung auf eine diesbezügliche Anfrage, daß er dem Tarife sehr sympathisch gegenüberstehe, aber sein Rechtfertigungsgefühl für seine Arbeiter halte ihn von der Einführung desselben ab. Er habe Arbeiter, die, wenn sie tariflich berechneten, absolut nicht das verdienen, was er ihnen jetzt zahle. Aus diesem Grunde müsse er von der Einführung des Tarifes absehen. Ich habe ihm diese Ansicht auszubreden versucht, aber vergeblich. Der Grund seiner Weigerung scheint mir aber in den Kolossalgehältern von 12, 15 und 18 Mk. sowie noch in mancherlei anderen Eigentümlichkeiten zu suchen zu sein.“ Das Rechtfertigungsgefühl des Herrn Schön kann nicht besser charakterisiert werden als mit diesem Hinweise auf die von ihm

Fortsetzung in der Beilage.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

begahlten Trinkgelber, deren keine Gehilfen nicht einmal würdig sein sollen, da sie diese Minimalkosten nicht verdienen können. Wenn solche Bezahlung einem Rechtlichkeitsgefühl entspricht, dann hatten wir bis jetzt andere Begriffe darüber. Zweifellos aber gibt Herr Schöny als Zinnungsvorsitzender eine gute Figur.

Einer in der vergangenen Woche gegründeten Ortsvereinigung der Ulmer Buchdruckereibesitzer ist auch Herr Dr. Müßling beigetreten. Wir wollen der Hoffnung Raum geben, daß dieser Prinzipalverein seinen Zweck, die Wahrung gemeinschaftlicher beruflicher Interessen, nicht nach dem Rezept des tarifgegnerischen und für Masseneinstellung von Lehrlingen eintretenden Herrn Müßling zu erfüllen bestrebt sein wird, sondern diesem Tarifverächter klar macht, daß sein Verhalten einer Wahrung der Berufsinteressen absolut nicht entspricht.

Bei der Gehilfenprüfung in Justerburg bestanden von neun Auslernenden drei mit „Gut“ und fünf mit „Genügend“. Ein Lehrling war so ungenügend ausgebildet, daß er noch ein Vierteljahr nachlernen muß. Die näheren mit diesem Falle zusammenhängenden Umstände sind uns nicht bekannt.

Wie der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ mitzuteilen weiß, ist die Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen in dem polygraphischen Gewerbe am kürzesten. Einem statistischen Artikel im „Reichsanzeiger“ entnimmt genanntes Fachblatt, daß die Herabsetzung der Beschäftigungsdauer erwachsener Arbeiterinnen auf höchstens 10 Stunden in den polygraphischen Gewerben bereits im Jahre 1902 fast ganz durchgeführt war. Es arbeiteten in diesem Jahre nämlich bereits 96,5 Proz. aller in diesen Gewerben beschäftigten Arbeiterinnen 10 Stunden oder weniger am Tage. Auch die längstens neuamständige Arbeitsdauer steht in den genannten Gewerben bereits erheblich über dem Reichsdurchschnitt (11,6 Proz.), indem in den polygraphischen Gewerben über die Hälfte der Arbeiterinnen (51,8 Proz.) nicht länger als 9 Stunden beschäftigt wurden. Was die tägliche Mittagspause anbelangt, so stehen die Arbeiterinnen des Buchgewerbes wiederum am günstigsten gegenüber den anderen Gewerben da, indem 50,6 Proz. aller in diesen Industriezweigen beschäftigten Arbeiterinnen eine Mittagspause von über 1 bis 1 1/2 Stunden und 21,4 Proz. eine solche von über 1 1/2 bis 2 Stunden hatten.

Ein Arbeitersekretär gesucht wird zum 1. Oktober für das Amt Nürtingen und die Stadt Wilhelmshafen. Bis zum 1. Juni sind Bewerbungen des mit 2000 Mk. dotierten Postens und Beschreibung des Lebenslaufes sowie einer Abhandlung über die Aufgaben eines Arbeitersekretariates an H. Jürgens in Wamt, Peterstraße 20/22, einzufenden.

Eine Protestkundgebung gegen die preussische und die bayerische Regierung war die vor einigen Tagen in Berlin abgehaltene Hauptversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Die zweite Berggegnovelle bot der Scharfmacherlei Veranlassung, der Welt wieder einmal zu beweisen, daß jeder Versuch eines gesetzlichen Arbeiterschutzes rücksichtslos weiter von ihr bekämpft wird, und daß eine Regierung, die sich derartiges unterfangt, nicht nur der Unternehmervergewaltigung, sondern sogar staatsgefährlicher Umtriebe beschuldigt wird. Der Arbeitsvertrag, betonen die Buert und Genossen, müsse Gegenstand privater Abmachungen bleiben, nur so, d. h. wenn der Ausbeutung keinerlei Schranken gesetzt, würde den Arbeitgebern ihre Stellung in Wirtschaftsorganismus gewahrt. Sehr hüßlich nimmt es sich von den Scharfmachern aus, wenn sie die Notwendigkeit betonen, daß Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis „zwischen den beiden beteiligten Parteien unter sich zum Austrage gebracht werden müssen“. Es ist ein starkes Stück, daß dieselben Leute, denen der kleinste, unbedeutendste partielle Streik Anlaß zur Aufwerfung der Machtfrage ist, welche mit ihrer Aussperrungsmanoe oft Tausende von unbeteiligten Arbeitern mit in die Drangsale des wirtschaftlichen Kampfes hineinziehen, von der Regierung verlangen, sie solle schließlich nicht einmal den Versuch zu einer Vermittlung zwischen den streitenden Parteien machen. Von derselben Regierung wird hier völlige Passivität gefordert, deren wirksamste Wadtmittel, Polizei, Gerichte und Militär, die nämlich den Unternehmer gegen Arbeiterstände angewandt wissen wollen, was ja beim Nührbergarbeiterstreik erst wieder der Fall gewesen ist. Von diesem unbesonnenen Standpunkte aus, der nur den eigentlichen Unternehmern durch den Staat als höchste Gerechtigkeit anerkennt, drückte dann der Zentralverband deutscher Industrieller der Regierung für ihre Haltung bei dem großen Streik an der Nühr sein Bedauern aus; durch die Einbringung der Novelle zum Berggesetz wolle die Regierung „noch mehr als schon jetzt durch Weglassung der Festsetzung des Arbeitsvertrages eingreifen“. Ferner erhebt der Generalkab der Scharfmacher Einspruch gegen die Festsetzung eines sanitären Maximalarbeitstages für erwachsene Arbeiter, denn „dann würde der von der Sozial-

demokratie erhobenen, von den verbündeten Regierungen bekämpften, auf Einführung eines allgemeinen Arbeitstages für erwachsene Arbeiter gerichteten Forderung Widerspruch geleistet, eine schwere Schädigung unfer Wirtschaftslbens nahe gerückt werden“. Warum die Herren nicht gleich den Zusammenbruch der deutschen Industrie an die Wand malten, ist nicht recht einzusehen; im Schreien scheinen sie eben doch noch nicht so weit vorgeschritten zu sein wie die nie zu beruhigenden anararchischen Schnapphähne. Die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse weisen natürlich die Zentralverbände weit ab; sie bringen dafür eine Menge von Gründen vor, die sich lediglich wegen ihrer Absonderlichkeit hören lassen. Herr Buert machte nämlich den versammelten Scharfmachern vor, sie brauchten nicht prinzipiell gegen die Arbeiterausschüsse zu sein; die Arbeitgeber sollten nur nicht zu deren Errichtung gezwungen sein, sondern „nach Maßgabe ihrer besonderen Verhältnisse“ dieselben freiwillig einführen. Herr Buert verfügt demnach über guten Mutterwitz, und seine Arbeitgeber freuen sich des Spahmachers in ihren Diensten. Deshalb erklärte man der Regierung: „Die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen muß der Zentralverband aber entschieden zurückweisen, weil, nach den bisher auf ähnlichen Gebieten gemachten Erfahrungen, in ihnen nur die sozialdemokratische oder sonst organisierten Arbeiter Platz finden, und damit tatsächlich die Arbeiterausschüsse Organe der Arbeitervereinigungen werden würden. Im allgemeinen muß der Zentralverband den Eingriff der königlichen Staatsregierung in den Zustand der Bergarbeiter beklagen, weil er die Arbeiter vermindert hat, die schweren Schädigungen zu erkennen, die ihnen durch die Agitation und Verbeugung wie durch die Vorpiegelungen der Führer der sozialdemokratischen und sonstigen Arbeiterorganisationen bereitet worden sind, weil das Ansehen und die Anziehungskraft der Sozialdemokratie eine Stärkung und Steigerung erfahren hat wie noch bei keiner andern Gelegenheit, und weil die Gesamtwirkung der staatlichen Einmischung in der Erhaltung von Unruhe und Unfrieden und damit in Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse im Ruhrreviere für unabsehbare Zeit bestehen wird.“ Nach dieser Leistung — es ist die Festsetzung des altbekannten Scharfmachereinnahmeins — kam als Schlussnummer eine uns Buchdrucker besonders interessierende Angelegenheit, nämlich der feierliche Protest gegen die letzten sozialpolitischen Erlasse der Regierung Bayerns: „Der Zentralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer geistlichen Fortentwicklung durchaus schädlich. Die Tarifverträge nehmen dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung jedes Unternehmens notwendige Freiheit der Entscheidung über die Verwendung seiner Arbeiter und die Lohnfestsetzung, und zwingen die einzelnen Arbeiter unvermeidbar unter die Herrschaft der Arbeiterorganisationen. Die Tarifverträge sind darüber hinaus nach der Ueberzeugung des Zentralverbandes, die durch die Erfahrungen in England und Amerika voll bestätigt werden, schwere Hindernisse des technischen und organisatorischen Fortschrittes der deutschen Industrie. Aus diesen Gründen bedauert der Zentralverband insbesondere auch die Entscheidung der königlich bayerischen Staatsregierung vom 2. März 1905, die den Abschluß von Tarifverträgen als eine der vornehmlichsten Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten bezeichnet.“ Da hat man es wieder einmal schwarz auf weiß, daß das Unternehmerinteresse sich gegen die Tarifgemeinschaften wendet, und ferner den gerade von dieser Seite bedeutungsvollen Hinweis, daß die Gewerkschaften in jeder Beziehung Vorteil von den Tarifverträgen haben. Wir haben erst in allerletzter Zeit von Mündern ebenfalls eine Bestätigung dieser Ansicht bekommen. Dort hatten zwei namhafte Zeitungen in Industriellenkreisen Umfrage über die Aufnahme der beiden Erlasse der bayerischen Regierung (der erste war der die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker betreffende, der zweite der für die Gewerbeinspektoren mit der Aufforderung, die Herbeiführung von Tarifverträgen nach Kräften zu fördern), gehalten und konnten nun ziemlich abschließend, mit obigen Behauptungen der Zentralverbände in sich fast deckende Urteile bringen. Mamentlich wurde es in Unternehmertreuen verübt, daß die bayerische Regierung sich nicht erst an die Vertretungen der Arbeitgeber vor diesen Erlässen gewandt habe, sondern lediglich — und zwar sehr richtiger Weise nach unserm Empfinden — auf Grund eigener Beurteilung vorgegangen sei. Auch diese beiden Behauptungen gegen die Tarifgemeinschaften von Unternehmern sind nur eine bide Unterstreichung der von uns immer und immer wieder aufgestellten Behauptung des großen Wertes und des unschätzbaren Nutzens der tariflichen Regelung des Arbeitsverhältnisses nach dem Beispiele unserer Tarifgemeinschaft. Von diesem Standpunkte aus sind wir auch mit dem letzten Berliner Konzile der Scharfmacher voll und ganz zufrieden, und diejenigen unserer Mitglieder, welche einen andern Standpunkt einnehmen, sollten nun

einsehen, wie gänzlich haltlos von dem wirklichen Stande der Dinge derselbe ist.

Die Niederlage der preussischen Regierung im Königsberger Hochverratsprozesse ist nun eine endgültige. Das Reichsgericht hat beide Revisionen verworfen trotz der größten Anstrengungen des fungierenden Reichsanwaltes. Das Reichsgericht hat, was besonders bemerkenswert ist, gerade die Zuverlässigkeit des von dem preussischen Justizminister Schönstedt so angegriffenen und herabgewürdigten ehemaligen russischen Staatsrates Professor v. Neujner hervorgehoben und anerkannt, überhaupt in den ausschlaggebenden Punkten eine gegenfällige Stellung zur preussischen Regierung eingenommen. Daß das Reichsgericht die Russenstande Preussens nicht teilen wollte, ist ein hocherfreuliches Ereignis. Und eine besondere Ironie des oft so wunderbar spielenden Schicksals ist es, daß der Präsident des betreffenden Reichsgerichtsenates ein Herr v. Willow war.

Bestraft wegen gewerkschaftlicher Agitation sind in Hannover zwei Mitglieder des Maurerverbandes worden. Die Angeklagten sollen ein Mitglied des christlichen Maurerverbandes zu bestimmen versucht haben, dem Zentralverbande beizutreten, was durch die Verhandlung als erwiesen erachtet wurde. Dem Kläger, der auf einem Neubau, auf dem nur Mitglieder des Zentralverbandes beschäftigt wurden, Arbeit genommen hatte, ist nach Abschluß des Verbandsbuches bedeutet worden, dem Zentralverbande beizutreten, andernfalls seine Tätigkeit auf dem Bau nicht von langer Dauer sein würde. Ebenfalls soll der eine der Angeklagten den Arbeitgeber zu veranlassen versucht haben, den Kläger wieder zu entlassen, da sonst sie alle gezwungen seien, aufzuhören. Das Gericht erklarte hierin eine Verletzung von wirtschaftlichen Nachteilen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung, deshalb erfolgte die Verurteilung des einen Angeklagten zu einer Woche Gefängnis, während der zweite mit 25 Mk. Geldstrafe fortkam.

Eine städtische Rechtsauskunftsstelle ist jetzt in Hannover gegründet worden. Für das erste Jahr sind 3600 Mk. zum Unterhalte dieser Einrichtung bewilligt worden, das Arbeitersekretariat verursacht jährlich 5500 Mk. Kosten. Man will für diese von der preussischen Regierung betriebenen Konkurrenzgründungen gegen die Arbeitersekretariate also nicht tief in den Beutel greifen; man will großtun mit dieser Art sozialer Fürsorge, aber sie darf nicht kosten. Unter solchen Umständen werden die städtischen Rechtsauskunftsstellen den Arbeitersekretariaten wohl nicht sehr gefährlich werden. — Auch in Magdeburg soll ein städtisches Arbeitersekretariat errichtet werden, wozu die katholischen Arbeitervereine den Anstoß gegeben haben sollen. Das das nicht zutrifft, haben wir schon ausgeführt, die Sache geht zweifelsohne von der Regierung aus. Weil der Grundgedanke gesund sei und das von den Gewerkschaften erhobene Arbeitersekretariat keine Konkurrenz in der zu schaffenden städtischen Institution fürde, stimmten auch die sozialdemokratischen Vertreter für die Vorlage (3000 Mk.).

Eine internationale Arbeiterschuttkonferenz, welche aus 15 Staaten von 44 Delegierten besetzt ist, wurde am 8. Mai in Bern vom Bundesrate Deudcher mit einer Ansprache eröffnet, in welcher derselbe betonte, daß die Konferenz nicht platonische Beschlüsse zu fassen habe, sondern zu praktischen Ergebnissen gelangen müsse. Wir werden ja später bei der Berichterstattung sehen, inwieweit der Kongreß diesem bezeichneten Ziele nahe gekommen ist.

In Hildesheim haben sämtliche Steindruck (62) der Aktiengesellschaft Hermann Schött wegen Mafregelung ihres Vorsitzenden und weil die Forderungen auf neunstündige Arbeitszeit, wöchentliche Lohnzahlung und Bezahlung der Feiertage abgelehnt wurden, die Arbeit niedergelegt. — Wegen des Ausstandes der Schneider in Leipzig und Gießen bzw. der Verweigerung von Giesener Streikarbeit in Würzburg („Corr.“ Nr. 52) scheint es im Schneidergewerbe zu größeren Entwicklungen kommen zu sollen. Der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat nämlich Wiederaufnahme der Arbeit an diesen drei Plätzen bis zum 8. Mai gefordert, andernfalls „weitere Maßnahmen zu verfügen“ wären. Der Hauptvorstand des Schneiderverbandes hat zur Antwort gegeben, was die Unternehmer sagen würden, wenn die Schneider von dieser Organisation Anerkennung der Forderungen in Leipzig und Gießen bis zum 8. Mai fordern würden, da sonst alle Gehilfen die Arbeit einstellen wollen. — In Wilhelmshafen und Umgegend streiken die Transportarbeiter. — In Paderborn haben zwecks Durchbrückung der zehneinhalbstündigen Arbeitszeit und höhern Stundenlohnes die Maurer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. — In Göttingen sind die Maurer in einem Sympathiestreik zugunsten der ausländischen Zimmerer getreten. — In Göttingen streiken sämtliche Maurer. — In Gießen sind 1000 Kanalarbeiter ausständig. — In Dresden ist der Ausstand der Maler und Aufstreicher zu einem allgemeinen geworden. — Der Ausstand der Kölner Fuhr-

leute verlieh erfolgreich. — Mit einem teilweisen Erfolge endete der Streik der Tischler in Lpenrade. — Die Aussperrung der Bauarbeiter in Duren verlief zu ungünstigen der Unternehmer. — Desgleichen die der Textilarbeiter in Guskirchen. — Auch die der Gärtner in Hamburg endete zum größten Teile erfolgreich. — Die Pappdeckel und Kaffeehäuser in Leipzig nahmen nach Zustimmung der Erhöhung des Stundenlohnes um 1 bis 3 Pf. die Arbeit wieder auf. — Die Werftarbeiter der Aktiengesellschaft „Werke“ in Bremen nahmen die Vorschläge zur Wiederaufnahme der Arbeit einstimmig an, womit die Aussperrung beendet ist.

Die polnische sozialdemokratische Partei hat in einem Aufrufe die Beendigung des Generalfreiks in Warschau, Lodz usw. angeordnet.

Gingänge.

Was ist Liberalismus? Eine Gegenwartsfrage von Dr. Theodor Barth. Buchverlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg. Preis eleg. brosch. 40 Pf.

Dokumente des Sozialismus, herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag: F. H. W. Dieck Nachf., Stuttgart. Heft 4, V. Band. Abonnementspreis 2,25 Mk. pro Quartal, das einzelne Heft kostet 75 Pf. Die Dokumente des Sozialismus erscheinen monatlich einmal.

Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München, Eisenfelderstr. 4. Nr. 8, 9 u. 10 des 24. Jahrganges. — Preis pro Nummer 10 Pf.

Briefkasten.

M. W. in Balingen: Wissen wir nicht, wenden Sie sich an den Gauvorsteher Dreier in Hamburg. — K. W. in Stuttgart: Zum Abdrucke nicht geeignet. — G. in Berlin: Protest zu den Akten genommen. Gruß! — F. K. in Leipzig: Wissen wir auch nicht, glauben aber, daß dieses Werk wohl im Leben nicht erscheinen wird.

Und das wäre bloß gut, sowohl im Interesse des Verfassers wie seiner eventuellen Leser. — D. W. in Heidelberg, 1,35 Mk. — F. M.: Dieses Werkchen, 11 Bogen kl. 8° umfänglich, will wohl mehr ein schneller Ratgeber, denn ein allumfassendes Lehrbuch sein, und diesem Zwecke scheint es auch voll gerecht zu werden. — R. in Potsdam: Siehe nachfolgende Notiz.

Alle Kollegen, welche in der Tariforganisation ein Ehrenamt (Kreisvertreter, Schiedsgerichtsvorsitzender usw.) bekleiden, werden ersucht, etwaige Adressenänderungen, Resultate von Neuwahlen usw. ausschließlich an das Tarifamt zu melden, um eine ordnungsgemäße Veröffentlichung in den Organen der Tariftgemeinschaft zu ermöglichen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Mittelrhein. Nach erfolgter Konstituierung setzt sich der neugewählte Gauvorstand wie folgt zusammen: Frh. Fuhs, Mannheim, Pfälzergrundstraße 18, Gauvorsteher; Math. Seiwert, stellvertretender Vorsitzender; Heinrich Huber, Mannheim, U 6, 24, Kassierer; August Endemann, Schriftführer; Martin Hartmann, Sat. Trautwein, Ludw. Ziehner, Beisitzer.

Berzirk Nahe. Umständehalber findet die nächste Bezirksversammlung erst Sonntag den 28. Mai in Eschweiler statt.

Breslau. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden ersucht, die genaue Adresse des Seckers Paul Koback aus Breslau an F. Schlag in Breslau V, Gräbingerstr. 77, mitzuteilen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Breslau der Secker Fritz Regold, geb. in Winzig 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — Hermann Härtel, Friedrichstraße 100a, II.

In Offen die Secker 1. Ernst Wiehler, geb. in Friejad 1885, ausgel. das. 1903; 2. Heinrich Reese, geb. in Hausberge b. Minden 1886, ausgel. in Miltheim-Mühlr 1903; 3. Arnold Hiert, geb. in Unnen 1883, ausgel. in Witten 1902; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Krauß, Kastanienallee 92.

In Hanau die Secker 1. Wilhelm Voos, geb. in Hanau 1886, ausgel. das. 1905; 2. Anton Herlach, geb. in Miltenberg 1887, ausgel. in Hanau 1905; 3. Christ. Braun, geb. in Kreuznach 1887, ausgel. in Hanau 1905; die Drucker 4. Georg Häger, geb. in Hanau 1887, ausgel. das. 1905; 5. August Stroh, geb. in Dilsheim 1886, ausgel. in Hanau 1905; waren noch nicht Mitglieder. — W. Moritz, Bruchköbelerlandstraße 8.

Arbeitslosenunterstützung.

Konstanz. Die verehrlichen Reisekassierverwalter werden gebeten, dem wahrscheinlich auf der Reise befindlichen Drucker Karl Wirth (Hauptb.-Nr. 53824) aus Regensburg 1,50 Mk. in Abzug zu bringen und an Karl Wirth, Bogelmannstraße 12, einzuzahlen.

Schwern i. M. Dem Secker Max Braun, geb. in Bernau (Hauptb.-Nr. 2099) ist verfehentlich die weiße statt die grüne Legitimation ausgestellt. Da der Kollege Braun wohl noch keine Zahlstelle berührt, bitten wir die Herren Reisekassierverwalter, dieses zu berücksichtigen.

Tüchtiger Buchbindermeister

28 Jahre alt, schon lange Jahre als Meister und Lagerist in größeren Betrieben tätig, sucht, gestützt auf Primazeugnisse, per Gelegenheit geeignete Dauerstellung. Werte Offerten unter L. L. hauptpostlagernd Mannheim erbeten.

[60]

Tiegeldruckmaschinenmeister

tüchtig im Farben- und Illustrationsdrucke, selbständig arbeitend, sofort gesucht. Meldungen mit Zeugnissen an

[74]

Althons Bruckmann, München.

Tüchtiger Illustrationsdrucker

mit dem Farbendrucke und möglichst Prägedrucke (Victoria) vertraut. Findet als erf. Meister dauernde Position in der **Mittelrheinischen Buchdruckerei, Dornitz (Sachsen)** Eintritt 20. Mai. Muster erbeten. Porto 20 Pf.

Wichtigen

Fertigmacher und Hölzchobler

sucht für dauernde Beschäftigung [48] **Schreibstifterei Klink, Frankfurt a. M.**

Stempelschneider

in Stahl- und Zengarbeiten geübt, finden bei guten Leistungen angenehme Stellung in Leipzig. Werte Offerten mit Mustern und Angabe der Anfertigungszeit befördert vertrauensvoll unter X. B. 70 die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tüchtiger Anfrämmer

(gelehrter Secker), flotter Arbeiter, an peinliche Ordnung gewöhnt, welcher mehrere Jahre in hiesiger großer Firma tätig war, sucht als solcher oder als **Waggonverwalter** dauernde Stellung in Leipzig bei tarifmäßiger Beschäftigung. Werte Offerten unter A. 75 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Linotypsetzer

fünftähr. Praxis, sucht Stellung. Werte Off. unter O. A. 64 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Maschinenmeister

26 Jahre, ledig, auch im Farben- und Illustrationsdrucke tüchtig, mit guten Referenzen, sucht Stellung. Werte Offerten erbeten an **Karl Hül, Frankfurt a. M., Mainzerlandstraße, Abg. III.** [54]

Zustierer

amerikanisch gelehrter Mechaniker, sucht Position. Werte Offerten erbeten unter A. B. 101 Postamt 23, Leipzig. [58]

Jüngeren Buchdruckern

welche sich technisch ausbilden wollen, kann ein Abonnement auf die **Unterrichtsbücher für Buchdrucker** nicht dringend genug empfohlen werden! Man verlange Prospekte von der Geschäftsstelle der „**Typographischen Jahrbücher**“ Leipzig-Reudnitz, Senefelderstraße 13/17. [42]

Verbandsmitgliedern gewähre 15 Proz. Rabatt

bei den **Nachnahmesendungen** auf meine **Fahrräder**. Herrenrad „Gutenberg“ 105 Mk., Luxus-Damenrad „Gutenberg“ 115 Mk. portofrei (kompl. l. „Welt“ u. „Möve“-Räder mit gold. Med. prämi.). Kollege U. schreibt: Rad vorzüglich. **L. Bureau, Hannover, Strangriede 46.** [918]

Johannistest-Drucksachen! ★ ★ ★

Den verehrlichen Verbands- sowie graphischen Korporationen zur Nachricht, dass der 4. Jahrgang des Austausches in Vorbereitung befindlich ist und lade ich zur Beteiligung hiermit höflichst ein. Die schnell wechselnde Ausstattungsweise unserer Akzidenzen, wie sie sich nicht zuletzt in den **Johannistest-Drucksachen** ausprägt, ebenso wie die vielerlei kollegialen Lebensäußerungen in den letzteren haben die Sammlungen stets interessant gestaltet und eine stetig steigende Beteiligung vorknallt. — Teilnahmerkarten und Geschäftspläne sofort portofrei. [61] **A. Küttner, Leipzig-Neustadt, Eisenbahnstr. 11, pt.**

Verein aller in Schriftgießereien

beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen **Berlins und Umgegend.**

Donnerstag den 25. Mai, abends 6 Uhr, in der **Leinwandhalle, Kommandantenstr. 20.**

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilung; 2. Kassensbericht; 3. Bericht des Reviseurs; 4. Revision der Bücher; 5. Wahl des Vorstandes und der Revisoren; 6. Berichtendes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **F. V.** [76]

Breslau.

Sonntag den 14. Mai, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Maschinenmeisterversammlung

in kleiner Saale der „**Neuen Börse**“, Graupenstraße. Referent: Kollege **Kräcke**, Berlin. über: „Die technische Entwicklung im Maschinenbau und ihre Wirkungen auf unser Gesamtgewerbe“. — Im großen Saale:

Drucksachenausstellung.

Eröffnung 9 Uhr. [63]

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Dienstag den 16. Mai, abends 9 Uhr, in „Altes Gesellschafsgarten“ (W. Salsch, Wegstraße 5):

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Kartellbericht; 3. Weiterberatung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.** [67]

Maschinenmeister-Verein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Sonntag den 14. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Vereinslokale bei Herrn A. Böning, Großneumarkt 50:

Quartalsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Monatsabrechnung; 4. Bericht des Kollegen **Seiwert** aus Hannover über die moderne Drucktechnik; 5. Technisches; 6. Berichtendes.

Nach der Versammlung findet ein **Familienabend** mit Tanz und sonstigen Ueberrassungen statt. Anfang 7 Uhr.

Wir machen die verehrlichen Mitglieder und deren Damen auf letzteres besonders aufmerksam und ersuchen um rege Beteiligung. **Der Vorstand.** [72]

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Sonntag den 28. Mai:

Dampferfahrt nach der Lühe

(Lokal des Herrn A. Steinhoff).

Abfahrt morgens **präzise 7 1/2 Uhr** von den St. Pauli Landungsbrücken. **Rückfahrt** von der Lühe **mittags 12 Uhr** und **abends etwa 11 1/2 Uhr.** — Preis der Karten: Für Mitglieder und deren Damen à Person 50 Pf., für Eingeführte à 1 Mk., Kinderkarte 25 Pf.

Schluss des Kartenverkaufes: **Mittwoch den 17. Mai.** Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vergnügungsausschuss.** [77]

Mittelrheinische Maschinensetzervereinigung.

Sonntag den 14. Mai, vormitt. 10 Uhr, in **Heidelberg, „Stadt Düsseldorf“:**

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht; 2. Stellungnahme zu der Flerin 1906 abzuhaltenden **Maschinensetzerkongress**; 3. Statutenänderung; 4. Wahl des Vorstandes; 5. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung. **Der Vorstand.** [65]

Maschinensetzervereinigung Gau Osterland-Thüringen.

Sonntag den 14. Mai, vorm. 11 Uhr, findet im Restaurant „**Preussischer Hof**“, auf dem Unger, in **Erfurt**, unsere

Quartalsversammlung

statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet vollständiges Erscheinen **Der Vorst.**

Paul Rose

am 7. Mai verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Setzer im 34. Lebensjahre. Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden. [71] **Ortsverein Brandenburg a. H.**

Todes-Anzeige.

Am 7. Mai verstarb infolge eines Unglücksfalles unser werter Kollege, der Drucker

Theodor Steinebach

im Alter von 21 Jahren. Ehre seinem Andenken! [73] **Ortsverein Köln des V. d. D. B.**

Hiermit die traurige Mitteilung, dass unser langjähriges Mitglied, der Setzer

Hans Ritzinger

am 5. Mai nach längerem Leiden verschieden ist. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm! [66] **Die Kollegen Miesbachs.**

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Der englische Verfall. Von Hellwig 30 Pf. Galvanoplastik. Von Sering. Geb. 3 Mk.